

# Die politische Landschaft bleibt explosiv

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **39 (1992)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-368141>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Konflikte sind oft vorprogrammiert

# Die politische Landschaft bleibt explosiv

**rei. Einerseits eine hartnäckige Kontinuität von seit langem anstehenden Problemen, andererseits rasche, sich im Ereignisablauf geradezu überstürzende Veränderungen sind heute kennzeichnend für die globale politische Lage. Weltweit haben sich Neuordnungen angebahnt, deren endgültige Formen und Strukturen nicht absehbar sind und von denen niemand weiss, welche neuen Kräfte sie freisetzen werden und welches ihre künftigen Auswirkungen auf die weltpolitische Lage sein werden.**

In der Schlusserklärung des Nato-Gipfels von Rom am 8. November 1991 wurde eingeräumt, dass die Gefahr eines massiven Angriffs auf Europa bei kurzer Vorwarnzeit verschwunden sei, gleichzeitig aber auch unterstrichen, dass «die Vorsicht die Aufrechterhaltung eines globalen strategischen Gleichgewichts gebiete».

Die Ereignisse in der Sowjetunion und der Machtzerfall dieses Riesenreiches sind keineswegs Gründe, uns nun in Sicherheit zu wiegen. Glasnost und Perestroika mögen von viel gutem Willen ihrer Schöpfer und Verfechter getragen sein. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grossen Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion nicht in erster Linie einen neu erwachten Freiheitswillen zur Ursache haben, sondern eine zunehmend desolater gewordene Wirtschaftslage. Die schlechte Wirtschaftslage war auch eine der primären Ursachen für die Abrüstungsbereitschaft.

Dass in den Ländern der ehemaligen UdSSR, die sich zu einer losen Gruppierung zusammengefunden haben und die auch das grösste Wirtschafts- und Bevölkerungspotential aufweisen, ein riesiges Defizit an Demokratie- und Freiheitsverständnis besteht, sollte zumindest zur Vorsicht mahnen. Niemand kann voraussagen, ob die Verhältnisse von heute auch jene von morgen sein werden. In der Union bleibt vor allem das Spannungspotential der Minderheiten bestehen und innerhalb der russischen Föderation treten die separatistischen Tendenzen immer stärker zutage. Die Krise wegen der Verhängung des Ausnahmezustandes über die autonome Republik der Tschetschenen und Iguschen konnte durch einen Machtanspruch des russischen Parlaments zwar entschärft, jedoch nicht aus der Welt geschaffen werden. Nach der Anerkennung Aserbaidschans als

unabhängigen Staat durch die türkische Regierung (9. November 1991) und der Aufhebung des Autonomiestatus von Nagorny-Karabach durch das aserbaidisch-parlament (26. November 1991) haben sich die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan verschärft. In Georgien haben sich die Spannungen innerhalb der Bevölkerung unter Blutvergiessen entladen.

## Pulverfass Europa

Im Vielvölkerstaat Jugoslawien zeigt sich eines drastisch: Sobald der Druck von aussen nachlässt, brechen die Spannungen im Innern auf. Der Balkan galt schon immer als «das Pulverfass Europas». Was in Jugoslawien heute geschieht, ist die Begleichung sehr alter Abrechnungen. Die EG-Staaten haben guten Grund, hinsichtlich einer Einmischung in diesen Nationalitätenkonflikt grösste Zurückhaltung (manche nennen es auch Unentschlossenheit) zu üben. Die Folgen einer Intervention könnten unabsehbar sein. Hoffnungen ruhen allenfalls auf dem Einsatz von UN-Truppen.

## Wie weiter im Nahen Osten

Im Nahen Osten sind die Fronten überhaupt nicht begradigt, geschweige denn irgendwo abgebaut. Im Irak ist Saddam Hussein nach wie vor an der Macht und erfreut sich eines hohen Ansehens oder von Angst motivierten Respektes im ganzen arabischen Raum. Er ist und bleibt unberechenbar. Eine energische Intervention der in den Golfkrieg involvierten Mächte – vor allem der Westmächte – zur Absetzung dieses Despoten, könnte in der arabischen Welt, und zu dieser zählen auch die nordafrikanischen Staaten, sehr heftige Reaktionen auslösen.

Das gemeinsame Feindbild der arabischen Staaten ist Israel. Ob die Nahost-Gespräche, bei denen sich immerhin bescheidene Kompromisse abzeichnen, eine Änderung bewirken werden, ist mehr als fraglich. Selbst wenn Israel in seinen territorialen Ansprüchen eingeschränkt und als Militärmacht in engere Schranken gewiesen würde, wäre damit wohl kaum etwas gewonnen. Mit einer Neutralisierung Israels könnten alte Differenzen zwischen den «arabischen Brüdern» sehr wohl zum Bruderkrieg eskalieren.

Das Palästinenserproblem bleibt eine schwer abzutragende Hypothek und

die Kurdenfrage will ohnehin niemand lösen. Und wer will schon den «Tummelplatz» Libanon befrieden? Libyen steht einmal mehr im Zwielficht wegen der Beteiligung am Attentat von Lockerbie (1988) und «Massnahmen» sind nicht ausgeschlossen.

## Problemfall Afrika

Der afrikanische Kontinent ist ein Konfliktherd erster Güte. Die Kämpfe in Äthiopien sind zwar etwas abgeflaut, aber die grossen Probleme bleiben ungelöst. Eritrea kämpft für seine Unabhängigkeit, in Somalia ist die Lage völlig chaotisch, im Süden des Sudans herrscht Kriegszustand und Djibouti ist eine «heisse Ecke». Im Maghreb sind im Untergrund Kräfte am Werk, die jederzeit aktiv werden können.

Südlich der Sahara gehören Stammeskämpfe zur Tagesordnung. Die Völker Schwarzafrikas zeigen wenig Verständnis für national-staatliche Ordnungsprinzipien, sie sind und bleiben ungeachtet aller Staatsgrenzen Stammesangehörige.

## Unruheherd Indien

Ein gewaltiger Unruheherd ist der indische Subkontinent mit seinen vielen ethnischen und religiösen Gruppierungen. Im ganzen nördlichen Grenzgebiet mit Kashmir, Punjab, Uttar Pradesh, Bihar und Assam sind Unabhängigkeitsbewegungen aktiv. Ebenso im Westen im Raum Gujarat, Ahmadabad und Baroda. Und im Süden brodelte es in Haydarabad und im Tamilengebiet. Auch Südostasien ist keineswegs ruhig. So wurden in Burma Mitte Dezember Studentendemonstrationen zerschlagen, die sich gegen die herrschende Militärjunta richteten.

China schliesslich hat sich als Waffenlieferant grossen Stils erwiesen. Der Verkauf chinesischer Waffen und die Proliferation von Nuklearwaffen standen denn auch Ende 1991 im Zentrum des (wie zu vernehmen war nicht sehr erfolgreichen) Besuchs des amerikanischen Aussenministers James Baker in Beijing. Immerhin hat China angekündigt, dem Atomsperrvertrag beitreten zu wollen.

## Auch Lichtblicke?

Über alles betrachtet, ist das weltpolitische Klima heute alles andere als heiter. Immerhin zeigt sich hier und dort ein Silberstreifen am Horizont. Ein solcher könnte das Nichtangriffsabkommen zwischen Nord- und Südkorea von Mitte Dezember 1991 sein. Andererseits wird von seiten der USA und Japans massiv Druck auf Nordkorea ausgeübt, scheint es doch nur eine Frage der Zeit zu sein, bis dieser Staat über Nuklearwaffen verfügt, während andererseits die USA ihre Nuklearwaffen aus Südkorea abziehen. ▣

## Résumé

La Déclaration finale du sommet de l'OTAN à Rome, le 8 novembre 1991, affirme que le danger d'une agression massive de l'Europe a disparu, mais aussi que «la prudence commande le maintien d'un équilibre stratégique global».

La situation générale se caractérise aujourd'hui par la persistance de problèmes enracinés de longue date et par des bouleversements dans le cours des événements. L'éclatement de l'ancienne Union soviétique se poursuit, non sans provoquer des tensions, par exemple entre Arménie et Azerbaïdjan. En novembre 1991, la Russie, l'Ukraine et la Biélorussie se sont constituées en Union des Etats souverains. Un nouveau bloc est en devenir. Un principe se vérifie cruellement en Yougoslavie, cet Etat multiethnique: dès que la pression de l'extérieur se relâche, les tensions naissent à l'intérieur. Les Balkans ont été de tout temps la «poudrière de l'Europe». Ce qui se passe aujourd'hui en Yougoslavie est le règlement de très anciens comptes. Un processus de guerre se développe aussi dans la proche Albanie.

Le Proche-Orient reste un foyer de crise. En Irak, Saddam Hussein est encore au pouvoir. Sur le conflit israélo-arabe, de modestes compromis esquissés lors des «entretiens du Proche-Orient» ont jeté une lueur d'espoir. Mais la question palestinienne demeure une lourde hypothèque.

En Afrique, c'est en maintes régions la guerre ou tout au moins une situation explosive. Ethiopie, Erythrée, Soudan du Sud, Somalie, Djibouti, Maghreb: triste litanie à laquelle il faut joindre le sud du Sahara déchiré par les luttes raciales.

Le sous-continent indien, avec ses nombreux groupes ethniques et religieux, est le champ de tensions chroniques. Des mouvements d'indépendance se manifestent en divers points de la frontière nord et dans certaines régions de l'Ouest et du Sud.

La Chine s'est signalée par ses livraisons d'armes aux pays en voie de développement. La vente d'armes chinoises et la prolifération d'armes nucléaires ont été d'ailleurs au centre de la visite à Beijing du secrétaire d'Etat américain James Baker, fin 1991.

La Corée du Nord est en passe de disposer de la bombe atomique; ce n'est plus qu'une question de temps. Et cela au moment où les Américains retirent leur arsenal nucléaire de la Corée du

Sud, au moment où (mi-décembre 1991) les deux Corées concluent un pacte de non-agression, dans la perspective finale de resceller leur union.

Au potentiel de menaces dispersées sur cette toile de fond politique s'ajoutent les risques croissants liés aux catastrophes naturelles et aux accidents écologiques. C'est dire le rôle qui échoit à la protection civile, avec ses ressources en personnel, en matériel et en abris, dans la maîtrise de situations d'urgence de toute nature; au besoin il faudra qu'elle puisse recourir à l'aide de l'armée, si l'ampleur des besoins dépasse ses propres capacités.

Pour faire face à une situation transformée et remplir le mandat nouvellement défini dans le rapport 1990 sur la politique de sécurité de la Suisse, il est nécessaire d'adapter les instruments de cette politique. Le Conseil fédéral en tient compte dans ses projets de réforme «Protection civile 95» et «Armée 95». Cette adaptation ne se fera pas en un jour: l'armée et la protection civile sont des organisations de milice engageant un important capital humain; il leur faut une période relativement longue pour développer et assimiler de nouvelles doctrines et structures et pour se préparer à remplir un nouveau mandat. ▀

## Riassunto

Nella dichiarazione finale del vertice della Nato tenutosi a Roma l'8 novembre 1991 è stato riconosciuto che il pericolo di un attacco massiccio contro l'Europa è ormai scomparso. Nel contempo è stato sottolineato che «la prudenza impone lo sforzo di mantenere un equilibrio strategico globale».

Caratteristiche dell'attuale situazione sono da un lato problemi già da tempo esistenti e dall'altro cambiamenti addirittura repentini. Continua lo sgretolamento dell'ex-Unione sovietica, che però provoca anche delle tensioni come quelle fra Armenia e Azerbaïdjan. Nel novembre 1991 la Russia, l'Ucraina e la Russia Bianca si sono costituite in un'unione di stati sovrani. Sta quindi sorgendo un nuovo blocco di potere.

In Jugoslavia, paese dalle diverse etnie, è risultato che, non appena si allenta la pressione dall'esterno, si accentuano le tensioni interne. La penisola balcanica ha sempre avuto la fama di essere la «polveriera d'Europa». Quello che accade oggi in Jugoslavia è solo il regolamento di vecchi conti. Anche nella vicina Albania si in atto un processo di trasformazione.

Il Medio Oriente resta sempre un focolaio di crisi. In Irak Saddam Hus-

sein è sempre al potere e rimane un pericolo costante. Il nemico comune degli stati arabi è Israele. E' in dubbio che le trattative sul Medio Oriente, dalle quali risulta almeno la possibilità di qualche compromesso, porteranno un vero cambiamento. Il problema dei palestinesi resta un'ipoteca difficile da saldare.

In Africa c'è la guerra o conflitti bellici in diversi paesi, come Etiopia, Eritrea, Sudan del Sud, Somalia, Gibuti e i paesi meghrebini. A sud del Sahara, nell'Africa nera sono all'ordine del giorno le lotte fra le tribù.

Anche il subcontinente indiano, con i suoi diversi gruppi etnici e religiosi, è un grave focolaio di disordini. Sulla linea di confine settentrionale e in singole zone dell'Ovest e del Sud sono sempre attivi dei movimenti per l'indipendenza.

La Cina si è dimostrata un grande fornitore di armi i paesi in via di sviluppo. La vendita delle armi cinesi e la proliferazione delle armi nucleari sono state quindi al centro della visita del ministro degli esteri americano James Baker alla fine del 1991 a Pechino.

Nella Corea del Nord sembra solo una questione di tempo e questo paese disporrà di armi atomiche. E questo mentre gli americani stanno ritirando le loro armi nucleari dalla Corea del Sud e dopo che (a metà dicembre 1991) è stato

firmato un trattato di non aggressione fra i due paesi con l'obiettivo finale della riunificazione.

Su questo sfondo politico e partendo dal fatto che le catastrofi ambientali e naturali diventano sempre più una minaccia, riteniamo che la protezione civile acquisti un'importanza maggiore per fronteggiare le situazioni d'emergenza d'ogni genere grazie al suo personale, al materiale e agli impianti di protezione. Là dove anche le risorse della protezione civile si dimostrano limitate, è necessario far intervenire l'aiuto militare.

Per poter far fronte ai compiti futuri, gli strumenti della politica di sicurezza devono essere adeguati alla situazione cambiata e agli incarichi nuovi indicati nel Rapporto sulla sicurezza 90. Il Consiglio federale ha dimostrato di tener conto della situazione con le riforme «Protezione civile 95» e «Esercito 95», nelle quali sono compresi anche altri settori. L'esercito e la protezione civile sono organizzazioni di milizia con molto personale e richiedono perciò molto tempo (in proporzione) per sviluppare nuove teorie e strutture e per svolgere nuovi incarichi. Né l'esercito né la protezione civile possono adattarsi senza un certo ritardo agli sviluppi a breve termine. ▀